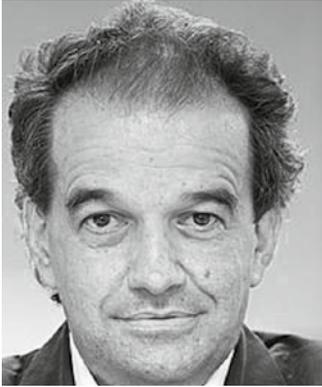




Hanns-Jörg Sippel

„Netzwerk Bürgerbeteiligung“ – Die Zukunft der Bürgerbeteiligung gestalten!



Die Forderung nach einer Stärkung der Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung ist heute im gesellschaftlichen Bewusstsein angekommen und ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt. Immer mehr Kommunen, Bundesländer und Unternehmen machen sich auf den Weg, die Menschen in politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Doch trotz all dieser Impulse: In Deutschland fehlt es an einer breiten gesellschaftspolitischen, infrastrukturellen und strategischen Basis für mehr politische Partizipation. Einzelne Kommunen leisten Pionierarbeit, ansonsten ist der Wille zur Beteiligung eher zufällig und von aktuellen politischen Konjunkturen bestimmt. Genau hier setzt die Arbeit des „Netzwerks Bürgerbeteiligung“ an.

Idee und Zielsetzungen des Netzwerks

Mit seinem innovativen Ansatz will das im September 2011 gegründete Netzwerk der Partizipation der Bürger in Deutschland auf politisch-strategischer Ebene dauerhaft mehr Gewicht verleihen. Bürgerbeteiligung soll auf allen föderalen Ebenen – aber besonders auf kommunaler Ebene – gestärkt werden. Hierzu führt das „Netzwerk Bürgerbeteiligung“ Menschen zusammen, die die Partizipation von Bürgern an politischen Entscheidungen voranbringen und die Zukunft der Bürgerbeteiligung konstruktiv gestalten wollen. Eine wesentliche Grundlage seiner Arbeit ist, dass es unabhängig von politischen Parteien, Verbänden, Wirtschaftsunternehmen und Weltanschauungen agiert. Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und Professionen – aus Kommunalverwaltung und -politik, aus Bürgergesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft – arbeiten zusammen, tauschen Erfahrungen aus, entwickeln gemeinsam Ideen für zukunftsweisende Initiativen und Maßnahmen und setzen diese praktischen Initiativen und Maßnahmen auch um.

Das Netzwerk Bürgerbeteiligung hat keine rechtsverbindliche Organisationsform, die Basis der Zusammenarbeit ist die Selbstverpflichtung der Netzwerker. Das Netzwerk lebt vom Engagement derjenigen, die sich als Netzwerker zu den Zielen bekennen und die sich mit ihren Kompetenzen, ihrem Engagement und ihren Ressourcen einbringen. Der aktuelle Stand der Anmeldungen für das Netzwerk ist ermutigend und zeigt, dass sein Ansatz, seine Ausrichtung, seine Zielsetzungen und aktuellen Fragestellungen einen Kern der aktuellen Debatte treffen. Bislang haben sich rund 250 Menschen als Netzwerker angemeldet, fast ebenso viele haben den eNewsletter abonniert.

„Netzwerk aktiv“ – Tätigkeitsfelder des Netzwerks

Die Themen des „Netzwerks Bürgerbeteiligung“ orientieren sich entlang verschiedener inhaltlicher Schwerpunkte und Fragestellungen und umfassen ein breites Spektrum:

- Welche Chancen bietet Bürgerbeteiligung Kommunen und Kommunalpolitik, Städten und Gemeinden?
- Wie lässt sich Bürgerbeteiligung in der Kommune verankern?
- Wie kann eine Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung aussehen und gelingen?
- Wie könnten politische Strategien hin zu einer bürgerorientierten Demokratieentwicklung gestaltet werden?
- Wie lassen sich schwer erreichbare Zielgruppen in den Beteiligungsprozess integrieren?

Im Mittelpunkt der Netzwerkarbeit stehen Aktivitäten und Aktionen unter dem Motto „Netzwerk aktiv“. Gemeinsam mit anderen Aktiven im Netzwerk arbeiten die Netzwerker an Ideen und Strategien und bringen Initiativen zur Stärkung der Partizipation auf den Weg:

Derzeit erstellt das Netzwerk eine Sammlung kommunaler Leitlinien und Leitbilder zur Bürgerbeteiligung. Mit solchen Leitlinien zur Bürgerbeteiligung geben sich die Kommunen ein Regelwerk, nach dem zukünftig Beteiligungsprozesse in ihrer Kommune organisiert werden sollen. Ziel ist es, eine verlässliche Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinderäten und Verwaltung zu schaffen. In einigen Kommunen (z.B. Heidelberg) ist geplant, diese Leitlinien auch in einer Satzung des Gemeinderates und in einer Verwaltungsvorschrift zu verankern.



Vom Netzwerk Bürgerbeteiligung werden sowohl bereits fertiggestellte Leitlinien als auch Informationen zu aktuellen Prozessen der Leitbilderstellung zusammengetragen. Ziel ist es, Vertretern aus Kommunen, interessierten Bürger und anderen Akteuren einen besseren Überblick über die möglichen Ansätze und Ausformung von Leitbildern und Leitlinien zur Bürgerbeteiligung zu bieten. Die Sammlung gibt Kommunen Orientierung und bietet die Möglichkeit zum wechselseitigen Erfahrungsaustausch. Es gibt momentan Leitlinien aus folgenden Kommunen: Essen (Grundsätze der Bürgerbeteiligung), Filderstadt (Spielregeln der Bürgerbeteiligung und Handlungsempfehlungen für die Verwaltung), Hamburg (Zukunftsplan Altona), Heidelberg (Leitlinienentwurf für mitgestaltende Bürgerbeteiligung), Köln (Empfehlungen für Rat und Verwaltung zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung), Leipzig (Neue Leitlinien zur Bürgerbeteiligung), Nürtingen (Modell für eine systematische Bürgerbeteiligung), Viernheim (Konzept zur Beteiligung der Einwohnerschaft an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung), Weyarn (Mitmach-Satzung).¹



Abb. 1: Das Netzwerk Bürgerbeteiligung bei der Arbeit

Das Netzwerk arbeitet an einem Katalog von „Qualitätskriterien für die Umsetzung von Bürgerbeteiligungsprozessen“. Der Kriterienkatalog soll allen Akteuren eine Handlungs- und Argumentationsgrundlage geben, um Partizipationsprozesse qualitativ umsetzen zu können. Zudem dienen die Qualitätskriterien dazu, eine fundierte Grundlage für die Zusammenarbeit im Netzwerk zu schaffen. Auf der Grundlage des Katalogs plant das Netzwerk, Tools und Instrumente zu entwickeln, mit deren Hilfe lokale Akteure Bürgerbeteiligungsprozesse eigenständig bewerten, evaluieren und vergleichen können. Derzeit arbeitet das Netzwerk an einem zweiten, redaktionell bearbeiteten Entwurf der „Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung“, der dann auf der neuen Beteiligungsplattform des Netzwerks zur Diskussion gestellt werden wird.²

¹ Weitere Informationen unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/themen-diskurse/netzwerk-aktiv/kommunale-leitlinien-buergerbeteiligung

² Eine Übersicht der Rückmeldungen der Netzwerker und zum weiteren Vorgehen ist zu finden unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/themen-diskurse/netzwerk-aktiv/qualitaetskriterien-buergerbeteiligung/

Ein weiterer Schwerpunkt der Netzwerkarbeit zielt auf die stärkere Verankerung der Bürgerbeteiligung in den Gemeindeordnungen/Kommunalverfassungen. Die Kommunalverfassungen geben den rechtlichen Rahmen vor, in dem in Deutschland auf kommunaler Ebene Möglichkeiten und Grenzen von Bürgermitwirkung und Bürgerbeteiligung abgesteckt sind. Dieser Rahmen wird von den Bundesländern gesetzlich festgelegt. In den Verfassungen sind verschiedene Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Bürger geregelt. Hierzu zählen insbesondere Anwesenheits- und Anhörungsrechte (z.B. öffentliche Sitzungen von Ausschüssen und Ratsversammlungen, Bürgeranhörungen, Fragestunden etc.) wie auch die Regelungen für eine direktdemokratische Beteiligung der Bürger (Bürgerbegehren und Bürgerentscheide). Regelungen für konsultative und kooperative Verfahren fehlen bisher weitgehend.

Das Netzwerk hat einen ersten „Vorschlag für eine Verankerung von Bürgermitwirkung und Bürgerbeteiligung in den Kommunalverfassungen“ erarbeitet. Darin wird die Einführung eines Paragraphen/Artikels „Bürgerkommune“ empfohlen, der einen Katalog an Beteiligungselementen bereitstellt, die – bei entsprechender Entscheidung der Kommune – ohne weitere Ergänzung anwendbar sind. Ziel ist es, die Schwelle für Beteiligungsverfahren in den Kommunen zu senken. Im Einzelfall soll die Kommune auf erprobte Instrumente und Organisationsformen zurückgreifen können, ohne dass ihr Handlungsspielraum darauf beschränkt ist (nicht abschließender Katalog). Nach der Diskussion dieses Entwurfes auf dem Netzwerktreffen im Juni 2012 wird nun auf der Grundlage der Veränderungsvorschläge und Kommentare ein zweiter Entwurf erarbeitet.

Aus dem Kreise der Netzwerker sind beim Netzwerktreffen weitere Netzwerkiniciativen gestartet worden, die von interessierten Netzwerkkern vertieft und weiter bearbeitet werden. Hier eine Auswahl der Themen:

- **Netzwerkimpuls „Einbindung schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen in Beteiligungsverfahren“.**
In einem Netzwerk-Dialog sollen praxisorientierte Lösungsvorschläge erarbeitet werden, wie schwer erreichbare Zielgruppen in Beteiligungsverfahren einbezogen werden können.
- **Bürgerbeteiligung zur Stärkung der Region und des ländlichen Raums**
- **Netzwerkimpuls: „Akzeptanzmanagement versus Bürgerbeteiligung bei der Verkehrswegeplanung – Erfahrungen und Handlungsperspektiven“**
- **Initiative zur Etablierung von Bürgerbeteiligung in der Kommune**
- **Immer mehr Kommunen versuchen, die Beteiligung von Bürgern als selbstverständlichen Teil bei Entscheidungsprozessen in allen Bereichen der Stadtverwaltung zu etablieren. Dafür ist es notwendig, Konzepte zu entwickeln**



und Prozesse zu starten, damit Bürgerbeteiligung im Zusammenspiel von Verwaltung, Bürgerschaft und Politik gelingen kann. Die Initiative zielt darauf, einen kollegialen Dialog im Netzwerk zu starten und einen bundesweiten Erfahrungsaustausch zu organisieren.

Unter dem Stichwort „Netzwerk Bürgerbeteiligung vor Ort“ und auf Initiative von Netzwerkkern entstehen in Berlin und Stuttgart derzeit lokale Arbeitsgruppen des Netzwerks Bürgerbeteiligung.

Austausch und Zusammenarbeit im Netzwerk

Wesentliche Basis der Arbeit des Netzwerks ist ein verlässlicher und regelmäßiger Informationsaustausch sowie die Möglichkeit zur Diskussion und Weiterentwicklung verschiedener Themenfelder. Kernelement des Netzwerks ist die Internetplattform „netzwerk-buergerbeteiligung.de“. Sie ermöglicht es den Netzwerkkern, wichtige Informationen (Texte, Termine, Initiativen) zu veröffentlichen, sich über aktuelle Diskussionen, Meldungen und Aktivitäten zu informieren und auszutauschen. Hier können sich Interessierte auch als Netzwerker registrieren.

Am 15. Juni 2012 fand in Köln das erste Netzwerktreffen des Netzwerks Bürgerbeteiligung statt. Annähernd 100 Netzwerker nutzten die Gelegenheit, sich persönlich kennenzulernen und eine erste Basis für die Zusammenarbeit im Netzwerk zu schaffen. Die Netzwerker brachten eine Reihe von Projektinitiativen auf den Weg. Derzeit wird eine Beteiligungsplattform aufgebaut, die den Netzwerkkern die Möglichkeit bietet, im Internet gemeinsam Projekte und Aktionen voranzutreiben, sich in unterschiedlichen Gruppenkonstellationen abzustimmen und netzwerkinterne Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse abzubilden. Die Netzwerker haben hier die Möglichkeit, die auf dem Netzwerktreffen initiierten Projekte voranzutreiben und neue Initiativen zu starten. Wesentlich unterstützt wird das Netzwerk hierbei durch die Ontopica GmbH, einem der führenden Anbieter für Online-Beteiligungslösungen in Deutschland. Ontopica stellt dem Netzwerk die Beteiligungsplattform pro bono zur Verfügung und passt sie auf die Bedürfnisse des Netzwerks an. Die Plattform wird im Herbst 2012 zur Verfügung stehen.

Die Netzwerker und andere Interessierte erhalten einen vierteljährlich erscheinenden eNewsletter. Er informiert über neue Meldungen zum Thema Bürgerbeteiligung und über aktuelle Initiativen und Aktivitäten des Netzwerks. Im Mittelpunkt eines jeden Newsletters steht ein Themenschwerpunkt. In der Ausgabe 2/2012 war dies beispielsweise das Thema „Web 2.0 und Bürgerbeteiligung“ mit Autorenbeiträgen u.a. von Dr. Brigitte Reiser (nonprofits-vernetzt.de, Beraterin von Nonprofit-Organisationen), Luise Flade und Stefan Höffken (Netzwerk für urbane Kultur urbanophil.net), Falko Walther (eOpinion

GmbH) und Franz-Reinhard Habel (Deutscher Städte- und Gemeindebund).

Organisation des Netzwerks

Um das Netzwerk „ans Laufen zu bekommen“, hat sich für die Phase der Initiierung (bis Mitte 2013) eine Aufbaugruppe konstituiert. Die derzeit 15 Frauen und Männer spiegeln die Vielfalt der inhaltlichen Aspekte des Beteiligungsthemas wider. Sie entstammen unterschiedlichen Kontexten und Arbeitszusammenhängen (Kommunalpolitik, Bürgergesellschaft, Wissenschaft, Unternehmen), alle verfügen über fundierte Expertise im Themenfeld. Die Aufbaugruppe entscheidet – auf Basis der Anregungen der Netzwerker – über die konkreten thematischen Schwerpunktsetzungen oder über Projekte, die unter dem Dach des Netzwerks angesiedelt werden. Die Aufbaugruppe stellt die Weichen für die Etablierung und Konsolidierung des Netzwerks. Nach der Initiierungsphase werden die genauen Modi für die zukünftige Organisation und Steuerung des Netzwerks von den Netzwerkkern selbst festgelegt.

Die Zusammenarbeit im „Netzwerk Bürgerbeteiligung“ wird unterstützt durch das bei der Stiftung Mitarbeit angesiedelte Netzwerkmanagement. Dessen Aufgabe ist es, die Internetplattform des Netzwerks zu betreuen, den eNewsletter zu erstellen, Netzwerktreffen zu organisieren sowie die Kommunikation im Netzwerk zu koordinieren und zu stärken.

Finanzierung

Um die Aktivitäten im „Netzwerk Bürgerbeteiligung“ zu ermöglichen, bedarf es jenseits der Förderung durch die Stiftung Mitarbeit zusätzlicher Finanzmittel und Ressourcen. Sie fallen für das Netzwerkmanagement, die Betreuung der Internetseite, die Arbeitsgruppen- und Netzwerktreffen und die Umsetzung von Projekten und Initiativen sowie für besondere Aufwendungen von Netzwerken an.

Für die Phase der Etablierung des Netzwerks bis zum Jahr 2015 benötigt das Netzwerk eine Basis-Förderung, um das Netzwerkmanagement als wesentlichen Motor der Netzwerkentwicklung zu finanzieren. Auch für die Finanzierung der sonstigen Aufwendungen (Beteiligungsplattform, Netzwerktreffen, Arbeitsgruppentreffen, Veranstaltungskosten, Projektkosten) sucht das Netzwerk Unterstützer und Förderer. Zudem setzt das Netzwerk auf Spenden der Netzwerker, die entsprechend ihrer eigenen Leistungsfähigkeit die Arbeit des Netzwerks unterstützen, als auch auf die Unterstützung von Menschen und Organisationen, die die Arbeit des Netzwerks für wichtig halten.

Hanns-Jörg Sippel

Vorsitzender des Vorstands, Stiftung MITARBEIT, Bonn